

Wandel der Außenpolitik nach Bismarck

Der **Wandel der Außenpolitik** zeigt sich darin, dass Bismarcks Politik des Ausgleichs und der Interessenverflechtung nicht fortgesetzt wurde, sondern durch eine Politik der Konfrontation ersetzt wurde.

Diese **Politik des Ausgleichs** zeigte sich am deutlichsten, als der Kanzler nach der Krieg-in-Sicht-Krise von der Konfrontationspolitik gegenüber Frankreich abrückte, weil er ihre Undurchführbarkeit erkannte, und auf eine Politik des Ausgleichs von gegensätzlichen Interessen zusteuerte. Das war Grundlage der Berliner Balkan-Konferenz von 1878, als er das politische Gewicht Deutschlands mit der Begründung, keine eigenen Interessen verfolgen zu wollen, in die Wagschale werfen konnte.

Interessenverflechtung im Bismarckschen Sinn lag in der Mittelmeer-Politik vor, als Bismarck mit dem Zweibund mit Österreich und dem deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag zwei Bündnisse einging, die sich von ihrer Intention her ausschlossen. Ziel Bismarcks war, mit den Verträgen im Hintergrund einen Konflikt bereits im Vorfeld zu entschärfen.

Mit dem Regierungsantritt Wilhelms II. verband sich für den jungen Kaiser die Vorstellung eines „neuen“ oder „persönlichen Regiments“. Er zog Kompetenzen, die unter seinem Großvater Wilhelm I. der Kanzler hatte, an sich und entließ schließlich 1890 Bismarck.

Wilhelm II. konnte und wollte nicht wieder eine so starke Persönlichkeit wie Bismarck als Kanzler berufen. In Leo von Caprivi sah er eher den gehorsamen Soldaten und Erfüllungsgehilfen seiner Politik. Die Außenpolitik allerdings, die vorher eine ausschließliche Domäne Bismarcks gewesen war, wurde jetzt zwar auch vom Kanzler, aber noch mehr vom Kaiser selbst und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts (bis 1906 Friedrich von Holstein) bestimmt. Aber selbst der konnte sich nur schwer gegen die militärischen Berater des Kaisers durchsetzen. Dadurch ging der von Bismarck als Prinzip verfochtene Primat der Politik gegenüber militärischen Fragen verloren. Deutschland trat in eine **aggressive Phase der imperialistischen Außenpolitik** ein, an deren Ende das Bismarck'sche Bündnissystem durch ein System von Bündnissen in Europa abgelöst war, das das Misstrauen der Mächte gegen die deutsche Politik widerspiegelte.

Wenn Max Weber also die Nachfolger Bismarcks kritisiert, sie könnten den Platz nicht ausfüllen, den dieser ihnen gelassen habe, so hat er rein faktisch gesehen recht. Die „*Unbefangenheit*“ in der Politik spiegelt allerdings auch nur die Auffassung des jungen Kaisers vom politischen Geschäft wider. Allerdings ist das gerade einer derjenigen Fehler, die das Deutsche Reich erst in die Isolation, dann in den Krieg führten, dass nämlich unter Wilhelm II. gar kein Kanzler vom Format eines Bismarck hätte regieren können. Der selbe **kaiserliche Absolutheitsanspruch** traf im übrigen auch das Parlament, das

sich in seiner Machtlosigkeit nur sehr schwer gegen die kaiserlichen Allüren durchsetzen konnte.

Wollte man allerdings die Außenpolitik aus heutiger Sicht kritisieren, so müsste man sie als Ausdruck einer im Volk vorhandenen und von Flottenverband und Alldeutschen Verband getragenen **Stimmung** sehen, für die ihre Vertreter, bis hinauf zum Kaiser, nur Exponenten des Systems waren.

Außenpolitik Wilhelms II

Insgesamt ist die wilhelminische Epoche geprägt von **außenpolitischer Kraftmeierei**, die jedoch keine konkreten außenpolitischen Erfolge, sondern nur Reserviertheit bei den anderen Mächten erzeugte. Das von Bismarck aufgebaute Vertrauen in den Friedenswillen des Deutschen Reiches nahm nach dessen Entlassung aus dem Amt des Reichskanzlers ab, das Deutsche Reich erschien nicht mehr als Friedensstifter, sondern als Friedensstörer. Während andere Mächte, z.B. England und Frankreich, verstärkt eine Politik der **Verständigung** und des **Interessenausgleichs** betrieben, zogen sich Kaiser und Regierung in Deutschland, die darin eine „Einkreisung“ sahen, auf eine Verstärkung des **Risikogedankens** und der **Rüstung**, vor allem der Flottenrüstung, zurück. Dadurch, dass „Weltpolitik“ betrieben werden sollte, um das Reich zunächst als gleichberechtigten Partner an die Seite der anderen Großmächte zu bringen, nahmen Abneigung und Misstrauen gegen die Politik Wilhelms II. zu.

Ihre Ursache hat diese Haltung einerseits im „**Geburtsfehler**“ des Reiches, das seine Einigkeit nur aus dem Kampf gegen einen äußeren Gegner gewinnen konnte und auch weiterhin den „Kampf“ und den „Gegner“ brauchte, um seine inneren Widersprüche zu überdecken. Andererseits war der Geburtsfehler des Kaisers selbst verhängnisvoll, der versuchte, seine körperliche Behinderung im linken Arm durch betont forsches Auftreten zu überspielen.

Konkret glaubte Wilhelm II., in der Schaffung einer **starken Kriegsflotte** die Garantie dieser weltpolitischen Stellung des Deutschen Reiches zu sehen („Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“). Die Flottenpolitik hatte über die national betonten „Flottenvereine“ einen breiten Rückhalt in der Bevölkerung. Auch der Reichstag nahm 1898 das erste Flottengesetz an.

Im Einzelnen lassen sich folgende Punkte nennen - wobei keine Vollständigkeit angestrebt sein sollte:

- Entsendung eines Geschwaders nach Manila während des amerikanischen-spanischen Krieges 1898 (Affront gegen USA)
- Tanger-Reise des Kaisers während der ersten Marokko-Krise 1905; bei der folgenden Konferenz von Algeciras zeigt sich die Isolierung Deutschlands

- „Panthersprung“ nach Agadir während der Marokko-Krise 1911 (Affront gegen Frankreich)

Daneben stehen die **verbalen Kraftmeiereien**, die ebenfalls nicht geeignet waren, Vertrauen in die Führung des Deutschen Reiches zu wecken:

- Krüger-Depesche 1896 (Affront gegen England)
- Erklärung des Kaisers zum „Schutzherrn“ der 300 Millionen Mohammedaner in der Welt (1898)
- „Hunnenrede“ des Kaisers bei der Verabschiedung des deutschen Expeditionskorps zum Boxeraufstand in China (1900)

Neben dieser chronologischen Zusammenstellung der deutschen außenpolitischen Fehlleistungen sollte jedoch auch das **Konfliktpotential** mit den Nachbarn in Europa dargestellt werden:

- Konfliktzonen mit **England** gab es in folgenden Punkten:
 - Flottenbauprogramm, besonders seit dem 3. Flottengesetz von 1906 als bedrohliches Wettrüsten interpretiert
 - Ablehnung von Abrüstungsvorschlägen auf den Haager Friedenskonferenzen 1899 und 1907
 - Krüger-Depesche 1896 und Daily-Telegraph-Affäre 1908
 - Eindringen in den britisch dominierten Orient (Jerusalem-Reise 1898 und Bau der Bagdad-Bahn)
- Konfliktzonen mit **Frankreich** bestanden in
 - Konkurrenz um Marokko
 - Wettrüsten, das Frankreich durch die politischen Spannungen als gegen sich gerichtet sehen musste
- Konfliktzonen mit **Russland** gab es in folgenden Punkten:
 - Unklarheit über die Verlässlichkeit Deutschlands angesichts der britisch-deutschen Annäherung im Tausch Helgoland - Sansibar 1890
 - Nichterneuerung des Rückversicherungsvertrags 1890
 - Unklarheit über die deutsche Haltung in der Balkanfrage wegen der einseitigen Unterstützung österreichischer Interessen

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Deutschland sich durch **außenpolitische Ungeschicklichkeit**, vor allem durch die **Fehleinschätzung** anderer potentieller Konfliktfelder (wie des als feste Größe gesehenen britisch-französischen Gegensatzes) und durch die verbale Großmannssucht des Kaisers (unterstützt durch sein martialisches und militaristisches Auftreten) selbst ins diplomatische Abseits manövrierte. Dadurch wandelte sich das bismarcksche Bündnissystem, in dem Deutschland mit allen Mächten (außer Frank-

reich) diplomatische Bündnisse unterhielt und damit gezwungen war, als Kompromiss-Stifter aufzutreten, zu einer **isolierten Stellung**, in der es allein auf Österreich-Ungarn als Bündnispartner angewiesen war.